

Editorial

Auf Deutschland kommts jetzt an

Es sind mutige Worte, die der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmilhal in unserem Interview wählt. Die Rückeroberung des Ostens, nicht weniger, will er als Vorbedingung für Verhandlungen mit dem Feind, Wladimir Putin, durchsetzen. Ob das als Ziel realistisch oder tollkühn ist, lässt sich von der sicheren Schweiz aus kaum beurteilen. Dass es aber in den nächsten Wochen oder Monaten umgesetzt werden kann, ist fast ausgeschlossen.

Das heisst aber, dass es in ein paar Wochen, wenn wir aus den Sommerferien zurückkehren, nur noch ein Thema geben wird: Haben wir genügend Strom und Gas für den nächsten Winter? Und da die Antwort Nein ist, wenn Putin am Gashahn dreht: Was sind die Konsequenzen? Wie gross wird die wirtschaftliche Katastrophe, wenn die Produktionsbetriebe in Deutschland stillstehen, all die Stahl- und Chemiefabriken, die Deutschlands Wirtschaft am Laufen halten und zum Exportweltmeister machten und die Schweiz zur reichen Zulieferin?

Noch geben sie sich stark, die Führer des Westens. «Wir unterstützen die Ukraine, solange sie es nötig hat», sagt Joe Biden, doch er wird im Winter aller Voraussicht nach seine Mehrheit und damit seine Macht im Parlament verlieren. Emmanuel Macron musste das in Frankreich schon erleben, Boris Johnson ist so gut wie weg, und Mario Draghi hat auch nur noch ein paar Monate zu regieren. All ihre potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolger sind keine solch strammen Unterstützer der Ukraine mehr wie die, die bisher die Macht hatten.

Die einzige Regierung, die, neben der schweizerischen, stabil an der Macht bleiben dürfte, ist die Deutschlands. Sie vertritt mehr wirtschaftliche Power als jene aller anderen europäischen Länder – und sie muss in nächster Zeit keine Wahlen fürchten. Aber Deutschland ist wegen Strom und Gas Putins Erpressungen ausgeliefert, und wir, die hinten an der Pipeline, der Stromleitung oder den Lieferketten hängen, gleich mit. Ob die Deutschen, wenn es dann Winter wird, einen Wirtschaftseinbruch hinnehmen, ob sie bereit sind, steigende Arbeitslosigkeit auszuhalten, das muss bezweifelt werden. Dasselbe gilt hier in der Schweiz.

Aber: Was ist die Alternative? Würde der Westen die Ukraine fallen lassen und zu einem Diktatfrieden zwingen, nähmen wir die Kriegsverbrechen der Russen hin. Dies wäre für «strong men», für «starke Männer» wie Putin, der Beweis dafür, dass der Westen schwach geworden ist und nachgibt, wenn es ungemütlich wird. Gut möglich, denn auch bei uns rufen Populisten wie Roger Köppel bereits dazu auf, möglichst rasch einen Frieden auszuhandeln, egal ob wir damit Putins Vorgehen legitimieren. Aber letztlich ist es egal, was wir in der Schweiz tun, wir können keinen Separatfrieden aushandeln. Wenn Deutschland strauzelt, dann straukeln wir mit. Wir sind, wie gesagt, am Ende der Lieferketten.

Im Hintergrund, so schreiben die deutschen Zeitungen, wird denn auch schon fleissig über einen möglichen Ausweg aus der Krise verhandelt. Ob das bedeutet, dass Deutschland nachgibt oder dass Putin eben doch erkannt hat, dass er militärisch nicht gewinnen kann – man weiss es nicht.

Was die Deutschen aber wissen, ist, dass der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung ohne die entschlossene und teure militärische Verteidigung des Westens, die zum Zerfall der Sowjetunion beitrug, niemals möglich gewesen wäre. Aber eben auch nicht ohne Willy Brandts Ostpolitik der Verhandlungen. Ob der Ukraine-Krieg zu einem Frieden zwischen Ost und West wie 1989 führt oder schon im nächsten Winter zu einer wirtschaftlichen und menschlichen Katastrophe: Auf Deutschland kommts jetzt an.



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

«Unsere Waffen schweigen erst, wenn wir alles zurückerobert haben»

Kriegsverlauf Ministerpräsident Denis Schmilhal gibt sich trotz starken Verlusten und vielen Toten siegessicher. Er ist der Schweiz dankbar, sagt aber auch: «Wir brauchen mehr Geld, mehr Waffen und mehr Munition.»

Simon Widmer
und Arthur Rutishauser

Herr Schmilhal, die russische Armee erobert im Osten Ihres Landes Stadt um Stadt. Ihre Regierung spricht von Sieg. Ist das wirklich realistisch?

Auf jeden Fall. Ja, Russland erhöht den Druck auf unsere Soldaten im Osten. Aber wir konnten dafür in den Regionen Charkiw und Cherson einige Dörfer befreien. Die Situation an der Front ist mehr oder weniger ausgeglichen. Wenn wir zusätzliche Waffenlieferungen erhalten, können wir Gegenangriffe gegen die russische Armee starten und unser Land vollständig befreien. Was macht Sie so optimistisch? Die ganze zivilisierte Welt unterstützt uns. Mit Waffen, mit Geld, mit Sanktionen gegen Russland. Die EU hat uns eine Beitrittsperspektive gegeben, was für unsere Moral sehr wichtig ist. Es gibt für uns auch keine Alternative dazu, diesen Krieg zu gewinnen. Die Alternative wäre ein Waffenstillstand, und zwar sofort.

Warum verhandeln Sie nicht? Unsere Waffen schweigen erst, wenn wir das gesamte ukrainische Territorium zurückerobert haben. Einen Waffenstillstand, der zu einem eingefrorenen Konflikt führt, werden wir nie akzeptieren. Sie verhandeln wirklich erst, wenn die ukrainische Armee alles – also auch die Krim – zurückerobert hat?

Über die Krim werden wir erst sprechen, wenn unsere Armee alle anderen Gebiete zurückerobert hat. Das Thema ist definitiv auf der diplomatischen Agenda. Aber es ist keine dringliche Frage, die wir sofort angehen müssen.

Der Krieg dauert jetzt schon Monate, Tausende sterben. Wie können Sie Ihre Soldaten und die Bevölkerung motivieren, weiterzukämpfen? In den ersten zwei Wochen nach Kriegsausbruch sind 200'000 Ukrainer aus Europa zurückgekehrt, wo sie eine sichere Arbeit und ein gutes Leben hatten. Sie haben das getan, weil sie ihr Land und ihre Familien beschützen wollen. Allein das zeigt doch klar: Die Motivation, das Land zu verteidigen, ist bei unseren Soldaten enorm hoch.

Der Krieg trifft die Ukraine auch wirtschaftlich schwer. Können Sie das Land trotzdem am Laufen halten? Die Ukraine ist stabil, wir zahlen Löhne, treiben Steuern ein. Aber natürlich trifft der Krieg unsere Wirtschaft empfindlich. Der Einbruch beträgt 35 Prozent. Es gibt zahlreiche neue Auslagen: Wir müssen Gebiete entminen, internen Flüchtlinge unterstützen. Wir sind auf die finanzielle Unterstützung unserer Partner angewiesen, ohne deren Hilfe wir in einer sehr schlechten Situation wären.

Russland leidet viel weniger, und Wladimir Putin verdient mit den Einnahmen aus Öl und



«Die Motivation, das Land zu verteidigen, ist bei unseren Soldaten enorm hoch»: Ukrainische Truppen setzen bei Kämpfen im Osten des Landes ein französisches Artilleriesystem ein. Foto: Anis Messinis (AFP)

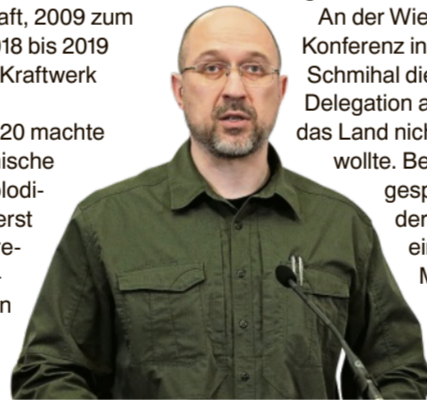
Von der Wirtschaft in die Politik

Denis Schmilhal wurde am 15. Oktober 1975 im westukrainischen Lwiw (Lemberg) geboren. Dort studierte er ab 1997 Wirtschaft. Nach seiner Promotion 2003 wechselte er in die Privatwirtschaft, 2009 zum Staat. Von 2018 bis 2019 leitete er das Kraftwerk Burschtn.

Anfang 2020 machte ihn der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski erst zum stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie zum Minister für kommunale

und territoriale Entwicklung, ehe er ihn kurz darauf als Premierminister der Ukraine nominierte. Schmilhal wurde am 4. März 2020 vom Parlament ins Amt gewählt. Er gilt als enger Verbündeter Selenskis.

An der Wiederaufbau-Konferenz in Lugano führte Schmilhal die ukrainische Delegation an, da Selenski das Land nicht verlassen wollte. Beim Videogespräch trug der 46-Jährige eine olivgrüne Militäruniform und sprach vor einer Ukraine-Flagge. (su)



Gas deutlich mehr als vor dem Krieg. Haben wir die Wirkung der Sanktionen überschätzt? Unsere Partner im Westen haben sechs Sanktionspakete verabschiedet. Das ist wichtig, denn die Sanktionen schwächen Russland. Aber viele wirken erst langfristig. Gewisse Sanktionen müssen wir auch anpassen, weil der Kreml Möglichkeiten gefunden hat, sie zu umgehen. Diese Arbeit gehen wir jetzt zusammen mit unseren Partnern an.

Was ist für die Ukraine wichtiger: Sanktionen oder Waffenlieferungen? Wir sind auf beides angewiesen. Die Sanktionen werden in den kommenden Monaten dabei helfen, dass Russland seinen Krieg nicht weiterführen kann. Um bis dann zu überleben, brauchen wir

«Wir können nicht jahrelang warten, wir müssen das Land jetzt wieder aufbauen – und uns vorbereiten.»

Waffen und Geld, um uns zu verteidigen, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und unseren sozialen und humanitären Verpflichtungen nachzukommen. Die Situation ist dramatisch, wir haben etwa sieben Millionen Menschen, die innerhalb der Ukraine geflüchtet sind. Diese Menschen können wir nicht im Stich lassen. Sofort nach Kriegsausbruch haben sich die Menschen in

Europa mit der Ukraine solidarisiert. Doch jetzt steigen wegen des Krieges die Preise für Gas und Öl. Haben Sie keine Angst, dass die Menschen sich von der Ukraine abwenden?

Nein, die Bevölkerung Europas hat uns von Anfang an unterstützt. Ich habe auch keineswegs den Eindruck, ihre Solidarität würde abnehmen. Wir beschützen ja nicht nur unser Land, sondern auch die europäische Demokratie und europäischen Grenzen. Ukrainische Soldaten opfern ihr Leben für die Demokratie und die zivilisierten Werte. Umgekehrt nutzt Russland den Krieg, um die zivilisierte Welt zu schwächen. Wie meinen Sie das? Putins Krieg führt zu mehreren Krisen: einer Migrationskrise, ei-

ner Energiekrise, einer Nahrungskrise. Das sind alles hybride Methoden gegen die zivilisierte Welt. Die Bevölkerung Europas darf und wird nicht kriegsmüde werden. Denn das russische Regime wird nie müde. Es wird weiter den Krieg führen – nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen die zivilisierte Welt und ihre demokratischen Werte.

In Lugano fand kürzlich die Wiederaufbau-Konferenz statt. Aber eine solche Konferenz ist doch erst sinnvoll, wenn die Waffen ruhen. War das nicht Zeitverschwendung? In der Ukraine sehen wir das ganz anders. Wir können nicht jahrelang warten, wie damals beim Marshallplan. Wir müssen das Land jetzt wieder aufbauen. Die Menschen in den Gebieten,

die wir von der russischen Armee befreit haben, brauchen Elektrizität, Wasser, Nahrung, die können nicht warten. Und wenn der Krieg beendet ist, müssen wir vorbereitet sein. Zudem war die Konferenz auch für die Moral unserer Bevölkerung sehr wichtig. Wie meinen Sie das? Die Menschen sehen, dass es für sie eine Zukunftsperspektive gibt, wenn der Krieg dereinst beendet sein wird. Sie lesen die Erklärung von Lugano und sehen, dass 40 Länder und fünf internationale Organisationen mithelfen werden, das Land neu aufzubauen – und zwar besser als je zuvor. Nein, der Zeitpunkt dieser Konferenz hätte nicht besser sein können. Wir sind der Schweiz und Bundespräsident Ignazio Cassis zu grossem Dank verpflichtet.

«Wer zukünftig einen Angriffskrieg startet, muss verstehen, dass ihn die Zerstörung teuer zu stehen kommt.»

Das klingt jetzt wahnsinnig freundlich. Deutschland etwa kritisieren Sie hart, weil dessen Regierung Ihrer Meinung nach zu wenige Waffen liefert. Die Schweiz liefert gar keine. Woher kommt diese Diskrepanz? Unsere Partner unterstützen uns in den Bereichen, die ihnen möglich sind. Wir haben auch Verständnis dafür, dass viele Regierungen Entscheidungen, die in Friedenszeiten Monate oder Jahre dauern, jetzt in Tagen und Wochen treffen müssen. Das geht nicht so einfach. Aber natürlich brauchen wir mehr Unterstützung: mehr Geld, mehr Waffen, mehr Munition.

Sie wollen den Wiederaufbau der Ukraine auch mit Geld von Oligarchen finanzieren, das im Westen konfisziert werden soll. Bundespräsident Ignazio Cassis hat in Lugano gesagt, in der Schweiz sei das rechtlich kaum möglich. Was sagen Sie dazu? Diese Idee ist keineswegs gestorben, wir haben sie auch in Lugano diskutiert. Es wurde klar festgehalten, dass russische Assets als mögliche Einnahmequelle der Ukraine dienen können. Bislang haben Regierungen 300 bis 500 Milliarden US-Dollar eingefroren. Deutschland hat Wohnungen konfisziert, Kanada hat ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Russland muss für seine unprovokierte Aggression bezahlen. Und wer zukünftig einen Angriffskrieg startet, muss verstehen, dass ihn die Zerstörung teuer zu stehen kommt.

Vormarsch in verschiedenen Teilen des Landes

An der Front Die russischen Truppen greifen im Osten unvermittelt an, aber auch anderswo in der Ukraine.

Die russische Armee rückt im Osten der Ukraine weiter vor und nimmt nach der Einnahme des Gebiets Luhansk zunehmend die Region Donezk ins Visier. Die Besatzer führten Angriffe von der kürzlich eingenommenen Stadt Lissitschansk aus in Richtung Westen, sagte der ukrainische Gouverneur von Luhansk, Serhi Hajdaj, gestern. «Wir geben uns Mühe, die bewaffneten Gruppierungen der Russen auf ganzer Linie aufzuhalten.» Allerdings greifen diese Hajdaj zufolge von mehreren Seiten an und versuchen, tief in das benachbarte Gebiet vorzudringen. Von unabhängiger Seite lassen sich die Berichte aus den Kampfgebieten kaum überprüfen.

Russland dürfte als Nächstes im Gebiet Donezk die grösseren Städte Slowjansk und Kramatorsk im Blick haben. Es ist erklärtes Ziel Moskaus, die Region komplett der ukrainischen Kontrolle zu entreissen. Am vergangenen Wochenende hatte Russland bereits die Stadt Lissitschansk eingenommen, die als letzte ukrainische Bastion im Gebiet Luhansk galt.

Russland meldet Zerstörung westlicher Waffen

Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs in Kiew gab es auch in anderen Teilen des Landes Beschuss, darunter in den Gebieten Charkiw und Tschernihiw. Dabei sei auch zivile Infrastruktur getroffen worden. Es seien jedoch immer wieder Angriffe des Feindes zurückgeschlagen worden, hiess es. Ukrainische Luft-, Raketen- und Artillerieeinheiten feuerten auf Ansammlungen russischer Truppen und auf Munitionslager.

Russland vernichtete nach eigenen Angaben bei Angriffen im Osten der Ukraine einmal mehr auch westliche Waffen. In der Nähe der Ortschaft Tschassiw Jar im Gebiet Donezk sei ein Hangar mit von den USA gelieferten M777-Haubitzen zerstört worden, sagte Ministeriumssprecher Igor Konaschenkow. Demnach wurden dort auch zahlreiche ukrainische Soldaten getötet.

Grossbritannien bildet ukrainische Soldaten aus

Die Verstärkungen der russischen Armee in der Ukraine werden nach Ansicht des britischen Verteidigungsministeriums mit veraltetem oder ungeeignetem Gerät losgeschickt. So habe ein grosser Teil der russischen Reserven, die aus dem ganzen Land zusammenggezogen würden, lediglich Truppentransporter des sowjetischen Typs MT-LB zur Verfügung. Diese Fahrzeuge seien deutlich schwächer gepanzert und bewaffnet als die Schützenpanzer BMP-2, die zu Kriegsbeginn eingesetzt wurden.

Grossbritannien hat derweil ein neues Programm zur militärischen Ausbildung Tausender Ukrainer gestartet. Eine erste Gruppe von insgesamt bis zu 10'000 unerfahrenen Freiwilligen aus der Ukraine habe nun erste Übungen absolviert, teilte das britische Verteidigungsministerium gestern mit.

Das mehrwöchige Militärtraining basiert auf der britischen Grundausbildung für Soldaten und umfasst den Umgang mit Waffen, Erste Hilfe auf dem Schlachtfeld, militärische Taktik und Kriegsrecht. (Agenturen)

Adrian Schmid

Erst ein Bruchteil der Spendengelder ist angekommen

Hilfe für die Ukraine Trotz Rekordsummen: Die Hilfswerke haben erst ein Achtel der Spenden in die Ukraine weitergeleitet.

barländern der Ukraine und die Unterstützung von Flüchtlingen in der Schweiz dazu, wurde ein Sechstel der Spenden verwendet (30 Millionen).

In anderen Ländern sieht es nicht besser aus. Trotz beträchtlicher Geldsummen seien die meisten Ukraine-Spenden bisher ungenutzt geblieben, schreibt

die britische Forschungsgruppe Humanitarian Outcomes in einem Bericht. Zum Teil ist die Situation sogar noch extremer als in der Schweiz. Gemäss UNO sind etwa bei den direkten Finanzhilfen bislang weniger als 2 Prozent der Barspenden aus dem Ausland bei ukrainischen Organisationen angekommen.

Doch ausgerechnet diese haben in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn «praktisch die gesamte humanitäre Hilfe in der Ukraine» organisiert und durchgeführt. Es habe an internationalen Reaktionsplänen gemangelt. Ein Problem sei auch, dass viele Hilfswerke aufgrund von hohen bürokratischen Auflagen Freiwilligen-Gruppen aus der Ukraine keine Mittel zur Verfügung gestellt hätten.

«Die Organisationen müssen hohe Compliance-Anforderungen erfüllen, um den Missbrauch von Geldern zu verhindern», sagt Helvetas-Sprecherin Katrin Hafner. Dies stehe bisweilen im Widerspruch dazu, möglichst rasch Hilfe zu leisten und lokale Gruppen direkt zu unterstützen. Helvetas habe in der Ukraine jedoch in einem ersten Schritt mit un-



Noch immer fühlt sich der Spendentopf wie hier in Bern. Foto: Keystone

bürokratischen Hilfen Allianzpartner vor Ort alimentiert. Und Fabian Emmenegger von der Glückskette sagt, dass man bei der direkten Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen darauf achte, die Hürden «möglichst tief» zu halten.

Glückskette sammelt am meisten Geld

Zudem schneidet in der UNO-Auswertung ein Schweizer Hilfswerk am besten ab: die Caritas. Ihr kommt zugute, dass sie mit ihren Partnern seit den 1990er-Jahren in der Ukraine tätig ist und schon vor der russischen Invasion Vorkehrungen traf. «Das Caritas-Netzwerk konnte bei Kriegsausbruch auf eine bestehende Infrastruktur und Personal zurückgreifen», sagt Sprecherin Livia Leykauf.

Erschwert wird die Hilfe in der Ukraine auch dadurch, weil der Krieg unvermittelt brutal geführt wird und der Zugang aus Sicherheitsgründen nicht immer möglich ist. Zudem fehlen Arbeitskräfte. «Da viele Menschen geflohen sind, ist es für Organisationen schwierig, ausreichend qualifiziertes Personal zu rekrutieren und so die Hilfe auch weiter auszubauen», heisst es bei der Glückskette. Sie hat hierzulande mit Abstand am meisten Geld gesammelt: knapp 130 Millionen Franken. Das Ziel sei, in diesem Jahr rund 30 Millionen zu investieren. «Weitere Spenden wird die Glückskette während der nächsten Jahre verantwortungsbewusst einsetzen, um einen möglichst grossen Effekt zu erzielen und langfristig und nachhaltig zu wirken», sagt Sprecher Emmenegger.

Katrin Hafner von der Helvetas gibt ausserdem zu bedenken, dass in den ersten Wochen die Spenden- und Hilfsbereitschaft oft hoch sei und nach einigen Monaten abnehme. «Den meisten Spenderinnen und Spendern ist bewusst, dass ihre Gelder teils später benötigt werden.»

Das Schweizerische Rote Kreuz hat die Absicht, in diesem Jahr die Hälfte der gesammelten Gelder auszugeben. «Bei der Mittelverwendung geht es immer darum, eine Balance zu finden zwischen sofortiger Nothilfe und längerfristigem Mittelsatz», sagt Sprecher Raymond Ruch. Das SRK geht davon aus, dass der Ukraine-Konflikt länger dauern wird. «Wir planen mit einem Engagement bis mindestens 2025.»